

Univ.-Prof. Dr. Helmut Wagner

Modul 31851

Europäische Wirtschaftspolitik

Kurs 41831
Europäische Integration
Kurseinheit 1

LESEPROBE

Fakultät für
Wirtschafts-
wissenschaft

Der Inhalt dieses Dokumentes darf ohne vorherige schriftliche Erlaubnis durch die FernUniversität in Hagen nicht (ganz oder teilweise) reproduziert, benutzt oder veröffentlicht werden. Das Copyright gilt für alle Formen der Speicherung und Reproduktion, in denen die vorliegenden Informationen eingeflossen sind, einschließlich und zwar ohne Begrenzung Magnetspeicher, Computerausdrucke und visuelle Anzeigen. Alle in diesem Dokument genannten Gebrauchsnamen, Handelsnamen und Warenbezeichnungen sind zumeist eingetragene Warenzeichen und urheberrechtlich geschützt. Warenzeichen, Patente oder Copyrights gelten gleich ohne ausdrückliche Nennung. In dieser Publikation enthaltene Informationen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden.

Liebe Studierende,

die vorliegende "Leseprobe" soll Ihnen einen Einblick in das Modul „**31851 Europäische Wirtschaftspolitik**“ ermöglichen.

Das **B-Modul „31851 Europäische Wirtschaftspolitik (6SWS)“** besteht aus den folgenden Kursen:

41830 Geldpolitik (3 SWS)

Kurseinheit 1 Theorie der Geldpolitik

Kurseinheit 2 Die Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion

41831 Europäische Integration (3 SWS)

Kurseinheit 1 Europäische Integration

Kurseinheit 2 Übungen zur Europäischen Integration

Die folgenden Seiten sind dem Kurs „**41831 Europäische Integration**“ entnommen.

Inhaltsverzeichnis

1. TEIL: EINLEITUNG: KONZEPTIONELLE UND HISTORISCHE ASPEKTE 1

- I. EINFÜHREND-KONZEPTIONELLE BETRACHTUNGEN1
 - 1. Alternativen einer Wirtschaftspolitik in Europa.....1
 - 2. EWWU als eine politische Konstruktion.....5
- II. HOFFNUNGEN UND BEFÜRCHTUNGEN HINSICHTLICH DER EWWU.....11
 - 1. Einführung11
 - 2. Hoffnungen12
 - 3. Befürchtungen.....15

2. TEIL: WIRTSCHAFTSTHEORETISCHE GRUNDLAGEN..... 17

- III. ANALYSE DER ÖKONOMISCHEN EFFEKTE EINER WÄHRUNGSUNION17
 - 1. Wohlfahrtseffekte – „Theorie optimaler Währungsräume“ und Heterogenität in der EU18
 - 2. Wachstumseffekte.....22
 - 2.1. Wachstumseffekte des Binnenmarkts (der Wirtschaftsunion)22
 - 2.2. Wachstumseffekte einer Währungsunion24
 - 2.3. Vorübergehender versus andauernder Wachstumsschub .25
 - 2.4. Verhinderung des Verlusts an Wettbewerbsfähigkeit28
 - 2.5. Modellanhang30
 - 3. Stabilitätseffekte49
 - Überblick49
 - 3.1. Wirkungen auf die Hochinflationenländer.....49

3.2.	Wirkungen auf die Niedriginflationländer.....	51
3.2.1	Strukturelle Unterschiede	51
3.2.2.	Wettbewerbsbeschränkungen	68
3.3.	Modellanhang	76
4.	Entwicklungspolitische Effekte.....	83
4.1.	Direkte Wachstum-fördernde Implikationen einer EWWU	84
4.1.1	Anstieg der Direktinvestitionen.....	84
4.1.2	Anstieg der Transferzahlungen.....	87
4.2.	Indirekte Wachstum-fördernde Implikationen einer EWWU	89
4.2.1	Erhöhung der politischen Stabilität	89
4.2.2	Disziplinierungszwang durch die Konvergenzkriterien	91
4.2.3	Glaubwürdigkeitsgewinn durch die Europäische Zentralbank.....	92
4.3.	Opportunitätskosten und Polarisierungsgefahr	94
4.3.1	Verlust des Instruments der Wechselkursanpassung	94
4.3.2	Verlust an Seigniorageeinnahmen	95
4.3.3	Wegfall der Möglichkeit eines Entwicklungsprotektionismus.....	96

3. TEIL: WIRTSCHAFTSPOLITISCHE VORKEHRUNGEN97

IV. WIRTSCHAFTSPOLITISCH-INSTITUTIONELLE

	VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE ERFOLGREICHE EWWU.....	97
1.	Wachstumspolitik	98
1.1.	Grundsätzliches	98
1.2.	Die Lissabon-Agenda 2000	100
1.3.	Koordinierung der europäischen Wachstums- und Strukturpolitiken?	104
2.	Stabilitätspolitik.....	105
2.1.	Stabilitätsorientierte Geldpolitik in einer Währungsunion	106
2.1.1	Vorkehrungen im Maastricht-Vertrag: Das EZB-Statut.....	107
2.1.2	Erforderliche / erwägenswerte Modifizierungen	108
2.1.3	Umsetzung der Geldpolitik.....	118
2.2.	Stabilitätsorientierte Fiskalpolitik in einer Währungsunion	131

2.2.1 Vorkehrungen durch den EU-Vertrag: Konvergenzkriterien und Sanktionen	134
2.2.2 Fiskalpolitischer Disziplinierungszwang durch die Währungsunion selbst?.....	135
2.2.3 Der Stabilitäts- und Wachstumspakt	141
2.2.4 Erforderliche / erwägenswerte Modifizierungen des fiskalischen Rahmens	149
2.2.5 Exkurs : Arithmetik der Budgetrestriktion und Schuldendynamik	155
2.3. Stabilitätsorientierte Lohnpolitik in einer Währungsunion	157
2.4. Modellanhang: Zur Regeldiskussion in der modernen Makroökonomie	163

4. TEIL: HERAUSFORDERUNGEN DURCH DIE EW(W)U- ERWEITERUNG 179

V. ASPEKTE DER EW(W)U-ERWEITERUNG	179
1. Formale Voraussetzungen eines EWWU-Beitritts	180
1.1. Nominale Konvergenzkriterien	180
1.2. Exkurs: Der WKM II	181
2. Ökonomische Beurteilung der Konvergenzkriterien	183
3. Kosten der EWWU-Erweiterung	192
3.1. Übergangskosten für neue EWWU-Beitrittsländer	192
3.2. Kosten für die übrigen EU-Länder	196
4. Frühe versus späte EWWU-Erweiterung.....	205
4.1. Gefahren einer frühen EWWU-Erweiterung	206
4.2. Gefahren einer verzögerten EWWU-Erweiterung.....	209
5. Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den Entscheidungsfindungsprozess im EZB-Rat und mögliche EZB-Reformen.....	210
6. Europäischer Verfassungsvertrag	219
<i>Glossar</i>	225
<i>Literaturverzeichnis</i>	237
<i>Sachregister</i>	251

2. Teil:

Wirtschaftstheoretische Grundlagen

III. Analyse der ökonomischen Effekte einer Währungsunion

Es geht in diesem Kapitel darum, die Chancen und Risiken einer Währungsunion im Allgemeinen und der EWWU im Besonderen abzuwägen, und zwar in der Form, dass die oben erläuterten Hoffnungen und Befürchtungen wirtschaftstheoretisch hinterfragt werden. Dementsprechend sind die zentralen (ersten vier) Abschnitte dieses Kapitels überschrieben mit

- Wohlfahrtseffekte
- Wachstumseffekte
- Stabilitätseffekte
- entwicklungspolitische Effekte.

Das grundsätzliche Ergebnis der dortigen Betrachtungen lässt sich wie folgt zusammenfassen: Wachstumseffekte sind durch die Einführung einer Währungsunion zu erwarten. Allerdings bleibt die Frage offen, ob es wirklich zu dem erhofften *andauernden* Wachstumsschub kommt. Die Inflationsbefürchtungen der Niedriginflationenländer sind - auch und insbesondere im Lichte der modernen Makroökonomie betrachtet - begründet. Ebenso lässt sich eine Tendenz zu einer durch eine Währungsunion ausgelösten Entwicklungsangleichung wirtschaftstheoretisch untermauern - allerdings nur bei günstigen, wirtschaftspolitisch beeinflussbaren Rahmenbedingungen. Insgesamt ist festzustellen, dass unterschiedliche Ländergruppen unterschiedlich betroffen werden (siehe in Abschnitt 4 des vorliegenden Kapitels). Dabei spielt auch die Zeitstruktur eine entscheidende Rolle.

So ist nicht auszuschließen, dass die Erwartungen der Befürworter bezüglich einer *allseitigen* makroökonomischen Wohlstandssteigerung auf die mittlere bis längere Frist eintreffen. Ob und inwieweit sie sich allerdings wirklich realisieren lassen, hängt von der vorherigen Schaffung bestimmter institutioneller Voraussetzungen ab. Insofern kann man auch sagen, dass eine wirtschaftstheoretisch fundierte Einschätzung der Chancen und Risiken einer Währungsunion nur bei gleichzeitiger politökonomischer Analyse oder Institutionenanalyse sinnvoll durchführbar ist. Von daher behandelt ja auch der 3. Teil dieses Kurses zentral die wirtschaftspolitisch-institutionellen Grundlagen für eine Realisierung der erhofften Wachstums- und Entwicklungseffekte und für eine Vermeidung der befürchteten Inflationsentwicklung. Nichtsdestoweniger erscheint es aus analytischen Gründen sinnvoll, zunächst einige allgemeine wirtschaftstheoretische Betrachtungen und Analysekonzepte darzustellen, mit Hilfe derer die erhofften/befürchteten ökonomischen Auswirkungen begründet werden können. Dies soll in diesem 2. Teil geschehen. Anschließend wird dann im 3. Teil die Abhängigkeit oder Sensitivität dieser allgemeinen Aussagen von den wirtschaftspolitisch-institutionellen „Rahmenbedingungen“ aufgezeigt.

1. Wohlfahrtseffekte – „Theorie optimaler Währungsräume“ und Heterogenität in der EU

Die „Theorie optimaler Währungsräume“ wurde in den 60er Jahren entwickelt, um zu bestimmen, unter welchen Bedingungen Länder einen „optimalen Währungsraum“ bilden.¹⁴ Dies ist im Kontext mit der damaligen Auseinandersetzung zwischen Verfechtern fester und flexibler Wechselkurse zu sehen. Die Hauptargumente für flexible Wechselkurse waren, dass Wechselkursänderungen erstens eine weniger kostspielige Methode seien, um Leistungsbilanzungleichgewichte zu korrigieren, und zweitens den Ländern ermöglichten, eine unabhängige makroökonomische Politik zu betreiben, d.h., sich für unterschiedliche Inflationsraten zu entscheiden. Der Ansatz der „Theorie optimaler Währungsräume“ arbeitet mit einem impliziten Stabilisierungsrahmen und stellt die Frage nach asymmetrischen und alter-

¹⁴ Zu den Begründern der Theorie gehören Mundell (1961), McKinnon (1963) und Kenen (1969).

nativen Anpassungskanälen bei externen Schocks. Entsprechend der „Theorie optimaler Währungsräume“ wird eine Währungsunion in der Regel nur dann wohlfahrtssteigernd wirken, wenn die an ihr beteiligten Staaten bestimmte Voraussetzungen erfüllen. So werden in der Literatur als die wichtigsten Kriterien für eine optimale Währungsunion angeführt:^{15 16}

- (a) ein hoher Grad an Faktormobilität (Mundell 1961),
- (b) ein hoher Grad an Offenheit (McKinnon 1963),
- (c) Produktdiversifizierung (Kenen 1969),
- (d) finanzielle Integration (Ingram 1973),
- (e) Ähnlichkeit der Inflationsraten (Haberler 1970),
- (f) Integration der Wirtschaftspolitik (Tower und Willett, 1970).

Zu (a):

Es gilt: je mobiler die Arbeitskräfte und das Kapital in einem Währungsraum sind, desto geringer sind die Kosten einer Währungsunion. Faktormobilität kann als ein Ersatz für Preis- und Lohnflexibilität bei der Aufgabe der Schockabsorption angesehen werden (siehe näher den Anhang E-III in Abschnitt 3.3 des vorliegenden Kapitels).

Zu (b):

Der Offenheitsgrad der beteiligten Volkswirtschaften wird von McKinnon definiert als das Verhältnis von handelbaren zu nichthandelbaren Gütern und steht in einem inversen Verhältnis zur Größe einer Volkswirtschaft. Das Kriterium des Offenheitsgrades zielt darauf, dass Länder, die handelsmäßig stark verflochten sind, auf auseinander laufende Wirtschaftspolitiken verzichten, wobei kleinere Länder zu Gunsten großer Länder nachge-

¹⁵ Ausgangspunkt ist dabei jeweils eine unvollkommene Lohn- und Preisflexibilität (siehe hierzu auch den Anhang E-III in Abschnitt 3.3 des vorliegenden Kapitels).

¹⁶ Für einen Überblick über die Entwicklung der „Theorie optimaler Währungsräume“ mit Bezug auf die Europäische Währungsunion s. z.B. Mongelli (2002). Durch die Realisierung einer Europäischen Wirtschaftsunion sind die Kriterien b) und f) erfüllt und die gesetzliche Voraussetzung für a) geschaffen. Kriterium e) wird durch die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages eingefordert (siehe im 3. Teil dieses Kurses).

ben. Je größer der Offenheitsgrad, desto geringer sind somit die Kosten des Verlusts nationaler Geldpolitik insbesondere für kleinere Länder.

Zu (c):

Es wird davon ausgegangen, dass Länder mit einem stark diversifizierten Exportprofil eher unempfindlich auf außenwirtschaftliche Störungen reagieren, da sich einzelne, sektorspezifische Nachfrage- oder Technologieschocks dann weniger stark auf die Gesamtexporte eines Landes auswirken. Der Druck auf den Wechselkurs wird dadurch verringert oder entfällt. Länder mit großer Produktdiversifizierung sind somit besser für eine Währungsunion geeignet.

Zu (d):

Leistungsbilanzungleichgewichte, die z.B. durch Nachfrageverschiebungen entstanden sind, können durch entgegengesetzte Kapitalverkehrsbilanz-Bewegungen kompensiert werden, was allerdings eine hinreichend starke Integration der Finanzmärkte der beteiligten Regionen voraussetzt. Der so zustandekommende Ausgleich der Zahlungsbilanz macht eine Wechselkursänderung überflüssig.

Zu (e):

Andauernde Inflationsunterschiede vermindern die internationale Wettbewerbsfähigkeit in den stärker inflationären Volkswirtschaften. Hierdurch entstehende Leistungsbilanzdefizite können nur mit Hilfe einer Wechselkursänderung und/oder handelshemmender Maßnahmen beseitigt werden.

Zu (f):

Eine Währungsunion impliziert eine vollständige Integration der Geldpolitiken und auch eine teilweise Angleichung der Fiskalpolitiken (siehe Abschnitt IV. 2). Der Verzicht auf eine eigenständige Wirtschaftspolitik fällt dabei umso leichter, je homogener die Präferenzen der beteiligten Volkswirtschaften sind, insbesondere bezüglich der Inflationsbekämpfung.

Problematisch an der klassischen Formulierung der „Theorie optimaler Währungsräume“ ist, dass sie nicht präzisiert, wie die unterschiedlichen Kriterien gewichtet werden sollen bzw. wie sie eindeutig empirisch gemessen werden können.

Man ist daher dazu übergegangen, die obigen Kriterien als Ansatzpunkte für eine Kosten-Nutzen-Analyse heranzuziehen. Daran gemessen lässt sich

dann der Grad der Heterogenität oder „Sub-Optimalität“ einer Währungsunion - abhängig von ihrer Größe/Mitgliederbeteiligung - versuchsweise bestimmen. Die Ergebnisse bisheriger Studien für Europa lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:¹⁷

Der nun schon seit einem Vierteljahrhundert integrierte Handel ist immer noch in geografischen Häufungen konzentriert: So gibt es einen skandinavischen Block, eine osteuropäische Kette, ein zentrales Dreieck und ein südeuropäisches Viereck. Die Handelsintensität innerhalb der Blöcke ist recht hoch, während die Handelsintensität zwischen den Blöcken eher niedrig ist.

- Lokale Schocks dominieren europäische oder weltweite.
- Der Konjunkturzyklus in europäischen Ländern wird immer noch von lokalen Faktoren dominiert.
- Die vorherrschenden Politikregime und die dahinter stehenden Präferenzen unterscheiden sich immer noch beträchtlich zwischen den europäischen Ländern.
- Die Arbeitskräftemobilität ist gering
- Der Offenheitsgrad zwischen innerhalb der EU ist relativ hoch.
- Der Grad der Produktdiversifizierung ist ebenfalls relativ hoch innerhalb der EU.
- Die Finanzmarktintegration ist derzeit geringer als bspw. in den USA, sie hat jedoch in den letzten Jahren zugenommen.
- Die Inflationsraten haben sich im Vorfeld der Euroeinführung stark angenähert, zeigen seitdem jedoch einige stärkere Schwankungen.
- Im Zuge der fortgeschrittenen EU-Integration haben sich die politischen Präferenzen ebenfalls angenähert.

Dem stehen natürlich die Kosten strategischen Verhaltens bei flexiblen Wechselkursen in Form der internationalen Spillover-Effekte oder Externalitäten gegenüber, die man durch eine Währungsintegration abzubauen/zu internalisieren sucht. Angesichts dessen ist es auch nicht verwunderlich,

17 Vgl. Mongelli (2002).

dass gerade die Pioniere der „Theorie optimaler Währungsräume“ - wie Mundell und McKinnon - heute große Verfechter einer *Wechselkursfixierung in nicht-optimalen Währungsräumen* (zumindest zwischen den größten Industrienationen) sind.

2. Wachstumseffekte

2.1. Wachstumseffekte des Binnenmarkts (der Wirtschaftsunion)¹⁸

Es wird davon ausgegangen, dass durch den Binnenmarkt Kostensenkungen und Nachfragesteigerungen induziert werden. Dies wiederum führt zu Produktionssteigerungen und damit zu einem Wachstumsschub.

Kostensenkungen können von folgenden mit der Einführung eines Binnenmarkts einhergehenden Entwicklungen abgeleitet werden:

- vom Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse (hierzu zählen hauptsächlich: Importkontingente; unterschiedliche Standards, insbesondere Ausbildungs-, Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltstandards; Subventionen, insbesondere Agrarsubventionen),
- vom Wegfall der Grenzabfertigungen und des damit verbundenen bürokratischen Aufwands (für private Akteure wie für den Staat),
- von der stärkeren Konkurrenz zwischen den Unternehmen der verschiedenen EU-Staaten, wodurch z.B. die Beschaffungskosten bei öffentlichen Aufträgen gesenkt werden,
- von den durch den verstärkten Wettbewerb ausgelösten Anreizen oder Zwängen zu verstärkter Produktivitätssteigerung,
- von Skalenerträgen, bedingt durch die Vergrößerung des Absatz-

¹⁸ Ich unterscheide hier nicht explizit zwischen Binnenmarkt und Wirtschaftsunion (siehe hierzu im 1. Teil oben), da historisch gesehen die Vollendung des Gemeinsamen oder Binnenmarkts in der EG mit dem Entschluss zur Bildung einer Wirtschaftsunion einherging. Rein systematisch lässt sich der Unterschied einer Wirtschaftsunion gegenüber einem Gemeinsamen Markt durch die (stärkere) Politikkoordinierung ausdrücken.

marktes für die Unternehmen, die zu kostengünstigerer Produktion führen (da der Fixkostenanteil einer hergestellten Produkteinheit abnimmt),

- vom Wegfall der Beschränkungen für grenzüberschreitende finanzielle Transaktionen, so dass das Kapital ungehindert in die Verwendung mit der höchsten Rentabilität fließen kann (Effizienzgewinne).

Nachfrage- und Einnahmen-steigernde Wirkungen werden durch folgende erwartete Entwicklungen begründet:¹⁹

- eine Kaufkraftsteigerung bestehenden Nominalvermögens, bedingt durch Preissenkungen, die auf Grund der oben erwähnten Kostensenkungen und des stärkeren Wettbewerbs ausgelöst werden (C und I steigen),
- steigende Exporterlöse auf Grund der verbesserten Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt, die durch die beschriebene erzwungene Preissenkung und Produktivitätssteigerung entsteht (EX oder NX steigt),
- Vergrößerung des Spielraums für die Fiskalpolitik des Staates ohne Neuverschuldung auf Grund der oben beschriebenen Kostensenkungen und der durch die vorherigen Wirkungen beschriebenen implizierten Steuer(einnahmen)steigerungen (G steigt tendenziell, und zwar im Durchschnitt des Konjunkturverlaufs).
- Nachfragesteigerung bei gleichzeitiger Kostensenkung bewirkt einen Anstieg der Gewinne aus Investitionen und damit auch einen Produktionsanstieg. Dies wird im Modellanhang E-I in Abschnitt 2.5 des vorliegenden Kapitels kurz veranschaulicht.

19 Zu den gebrauchten Symbolen:

C = Konsumnachfrage
I = Investitionsnachfrage
EX = Exportnachfrage (NX = Nettoexporte)
G = Staatsnachfrage.

Die Gesamtnachfrage ist die Summe dieser vier Teilnachfragen.

2.2. Wachstumseffekte einer Währungsunion

Nicht nur dem Binnenmarkt, sondern auch der Einführung einer einheitlichen Währung wird eine positive Wachstumswirkung auf der Grundlage erwarteter Kostensenkungen und Nachfragesteigerungen zugeschrieben.

Kostensenkungen sind auf Grund der folgenden Entwicklungen innerhalb einer Währungsunion zu erwarten:

- Verschwinden der Wechselkursunsicherheit, so dass die Kosten entfallen, die nur zum Umgang mit dem Wechselkursrisiko aufgewendet wurden. Im Einzelnen sind dies
- Kurssicherungskosten bei Transaktionen zwischen den Mitgliedsländern,
- Kosten durch den durch Wechselkursunsicherheiten bedingten Zinsaufschlag. Ein solcher Zinsaufschlag symbolisiert die durchschnittliche Unsicherheit des Kapitalmarktes,
- Kosten in Folge von spekulativen Kapitalbewegungen, die von erwarteten Wechselkursänderungen ausgelöst werden,
- Einsparung von Transaktionskosten auf Grund des Wegfalls der Währungsumtauschkosten zwischen den Mitgliedsländern,
- Steigerung der Markttransparenz, da die Produktpreise nur mehr in einer Währung ausgezeichnet werden. Dies stärkt den Wettbewerb und senkt tendenziell die Preise.
- im Rahmen der EWWU: Bedeutungsgewinn des Euro als internationale Währung und somit weitere Einsparungen bei den Transaktionskosten im Handel mit Drittstaaten (außerhalb der EU).²⁰

Nachfrage- und Einnahmen-steigernde Wirkungen werden durch die gleichen erwarteten Entwicklungen wie im obigen Fall einer Binnenmarkteinführung sowie durch den Wegfall des durch Wechselkursunsicherheiten bedingten Risikoaufschlags begründet.

²⁰ Außerdem würde es zusätzliche Einnahmen aus internationaler Seigniorage (Geldschöpfungsgewinne, siehe näher in Abschnitt 2 unten) mit sich bringen.

Auch hieraus ergibt sich natürlich wieder die Schlussfolgerung von Produktionssteigerungen, die durch eine Währungsunion bedingt werden. Wirtschaftstheoretisch kann man dies in unterschiedlicher Weise noch tiefer fundieren: Nachfragetheoretisch ist dies zum Beispiel im Kontext der traditionellen Makroökonomie möglich mit Hilfe des IS-LM-Analyseapparates. Siehe hierzu die modellmäßige Erläuterung in Abschnitt E-II des Modell-Anhangs in Abschnitt 2.5. Angebotstheoretisch kann man Produktionssteigerungen zum Beispiel aus der traditionellen Wachstumstheorie ableiten. Dies wird zur Veranschaulichung im Anhang E-III skizziert.

2.3. Vorübergehender versus andauernder Wachstumsschub

Die eben abgeleiteten positiven Produktionseffekte symbolisieren einen Wachstumsschub, wenn auch zunächst nur einen vorübergehenden. Davon ist ein durch die EWWU- implizit erhoffter *andauernder* Wachstumsschub zu unterscheiden. Vorübergehende Wachstumseffekte stellen einen geringeren Anreiz für institutionelle Innovationen dar als andauernde Wachstumseffekte. Institutionelle Innovationen verursachen selbst beträchtliche Installierungskosten. Die Hoffnung auf andauernde Wachstumseffekte einer Währungsunion wurde wie im 1. Teil schon kurz erwähnt insbesondere durch die Neue Handels- und Wachstumstheorie genährt. Dort wird vor allem auf induzierte Lerneffekte und die „Öffentliches-Gut“-Eigenschaft des akkumulierten Wissens rekurriert, die die durch einen Binnenmarkt und eine einheitliche Währung induzierte Absatzsteigerung und Kostensenkung verstärken sollen. Charakteristikum der Neuen Wachstumstheorie ist, dass sie technischen Fortschritt, der bereits in der traditionellen Wachstumstheorie als einziger Faktor, der andauerndes Wachstum ermöglicht, erkannt wurde, modellendogen erklärt. Die Neue Wachstumstheorie lässt sich in zwei Grundzweige einteilen. Der eine Zweig basiert auf Modellen des Learning-by-doing und sieht technischen Wandel als ein nichtintendiertes Nebenprodukt der Güterproduktion an. Die dabei verwendeten Lernmodelle haben Faktoren im Blickpunkt, die den Anreiz, verschiedene Güterarten zu produzieren, beeinflussen - wie z.B. das Muster des komparativen Vorteils. Der andere Grundzweig der Neuen Wachstumstheorie baut auf Modellen der „Erfindung“ auf und betrachtet technischen Wandel als einen kostspieligen und wohl überlegten Prozess. Die Modelle der Erfindung – auch Mo-

delle der Forschung und Entwicklung genannt – konzentrieren sich dabei auf Faktoren, die den Anreiz, bewusst zu erfinden, beeinflussen, wie z.B. den institutionellen Rahmen und die Marktgröße.

Im Folgenden soll anhand der beiden zentralen Ansätze innerhalb der Neuen Wachstumstheorie aufgezeigt werden, wie sich ein andauernder Wachstumsschub aus einer Wirtschafts- und einer Währungsunion ableiten lässt.²¹

Wirtschaftsunion und andauernder Wachstumsschub:

Die Argumentationskette im Rahmen der Erfindungsmodelle verläuft wie folgt:

Annahmegemäß wird andauerndes Wirtschaftswachstum durch technischen Fortschritt ermöglicht. Technischer Fortschritt selbst ist das Ergebnis von erfolgreichen Forschungsinvestitionen, also von neuen Erfindungen. Er wird entweder über die Anzahl verschiedener Produktvarianten oder über eine verbesserte Produktqualität modelliert. Forschungsinvestitionen sind ökonomische Aktivitäten, die von Rentabilitätskalkülen abhängig sind, d.h. von Ertrags- und Kostenüberlegungen der innovativen Unternehmer. Da Forschungsinvestitionen nur mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit zu einer erfolgreichen Erfindung führen, sind sie mit hohen Fixkosten verbunden. Eine Vergrößerung des Marktes in Folge einer Wirtschaftsunion erhöht daher aufgrund von Skaleneffekten die Profitabilität von Erfindungen. Als Folge nehmen der technische Fortschritt und damit das Wirtschaftswachstum zu.

Währungsunion und andauernder Wachstumsschub:

Die Argumentationskette im Rahmen der Learning-by-doing-Modelle ist wie folgt aufgebaut:

Technischer Fortschritt erfolgt in diesem Modellrahmen sozusagen als

²¹ Auf eine ausführlichere Modelldarstellung wird an dieser Stelle verzichtet und auf Wagner (1997) verwiesen.

Nebenprodukt der Kapitalakkumulation. Es wird angenommen, dass die Arbeitnehmer im Produktionsprozess Erfahrungen durch den Umgang mit neuen Kapitalgütern sammeln, und so lernen, wie sie effizienter arbeiten bzw. produzieren können. Dies erhöht die Produktivität des Unternehmens. Da Wissen im Allgemeinen und das Wissen über die effizientere Produktionsweise im Speziellen jedoch zumindest teilweise Eigenschaften eines „öffentlichen Gutes“ aufweist – also nicht-ausschließbar und nicht-rivalisierend in der Nutzung ist – erhöht sich durch die Lernerfahrung eines Unternehmens auch die Produktivität der anderen Unternehmen. Kapitalakkumulation geht also mit Wissensakkumulation im Sinne eines Learning-by-doing einher und kann somit andauerndes Wachstum generieren.

Eine Währungsunion führt nun, über eine Verringerung der Wechselkursunsicherheit, zu einer Verringerung der Risikoprämie im Zins (die sich zusammensetzt aus dem Ausfall- und dem Wechselkursrisiko) und mithin zu einer Verringerung des (Real-)Zinses in einer Volkswirtschaft. Das Faktorkostenverhältnis Realzins/Reallohn sinkt c.p.,²² und folglich steigt die optimale Kapitalintensität. Als Folge der Kapitalakkumulation kann über den oben beschriebenen Prozess des Learning-by-doing das Wachstum dauerhaft gesteigert werden.

Zum anderen gibt es auch noch ein theoretisches Argument, das der obigen Schlussfolgerung bezüglich einer Wachstumssteigerung auf Grund einer Verringerung der Wechselkursunsicherheit entgegenläuft. Dieses Argument beruht auf der Vorstellung, dass Handel stets eine Option ist; und es ist bekannt, dass der Wert einer Option mit ihrer Variabilität zunimmt. Anders ausgedrückt heißt dies, dass Veränderungen der Wechselkurse nicht nur ein Risiko darstellen, sondern auch eine Gelegenheit bieten, Gewinne zu machen. Wenn der Wechselkurs variabler wird, nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, sehr günstige Wechselkurse und damit hohe Gewinne zu erzielen. Natürlich nimmt auch die Wahrscheinlichkeit sehr ungünstiger Wechselkurse zu. Dies muss jedoch nicht zu ausgleichenden Verlusten führen, da das Unternehmen seine Exporttätigkeit jederzeit einstellen kann.²³ Dieses

22 Dies könnte natürlich kompensiert werden durch einen Währungsunion-bedingten Rückgang des Reallohns. Siehe hierzu (allerdings) näher in Abschnitt 2.3 des IV. Kapitels.

23 Vgl. als klassische Literatur hierzu Oi (1961) oder Pindyck (1982).

Argument bestreitet nicht, dass Wechselkursvariabilität die Gewinne unsicherer macht. Es impliziert jedoch, dass die Auswirkung der Wechselkursvariabilität auf die Investitionstätigkeit rein theoretisch schwer zu fassen ist. Dieser positive Effekt einer Preisunsicherheit auf den durchschnittlichen Gewinn einer Firma muss mit der größeren Unsicherheit über diese Gewinne verglichen werden. Von daher - so ist die Schlussfolgerung - ist unsicher, ob die Wohlfahrt der Unternehmen und damit die Investitionstätigkeit in einer Währungsunion steigt.²⁴

Wie gesagt haben Unternehmensbefragungen demgegenüber deutlich gemacht, dass die Unternehmen in instabilen Wechselkursen einen der größten investitionshemmenden Faktoren sehen.²⁵ Wechselkursunsicherheiten verhindern grenzüberschreitende Investitionen insbesondere dann, wenn Teile der Investitionen irreversibel sind, d.h. „sunk costs“ auftreten. *Sunk Costs* liegen vor, wenn Eigenschaften von Produktionsfaktoren, die über mehrere Perioden genutzt werden, für den vorgesehenen Einsatz spezifisch sind, nachdem sie auf diesen festgelegt worden sind. D.h., bei jedem andersartigen späteren Einsatz dieser Produktionsfaktoren würden diese einen signifikant niedrigeren Wert besitzen.²⁶

2.4. Verhinderung des Verlusts an Wettbewerbsfähigkeit

Wie wir eben gesehen haben, lassen sich im Kontext moderner Makroökonomie für eine Währungsunion, bedingt durch die verbundene Marktver-

24 Als ebenfalls unsicher kann der Wohlfahrtsgewinn *für die Volkswirtschaft insgesamt* angesehen werden, der aus einem Abbau der Wechselkursunsicherheit entsteht, da Wechselkursunsicherheit auch als ein *Schutzschild gegen Spekulationstätigkeit* betrachtet werden kann. Siehe hierzu näher in den Abschnitten 2 und 3 des V. Kapitels.

25 Vgl. Emerson et al. (1991, S. 92ff).

26 Wenn der Wechselkurs nicht langfristig zu einem Gleichgewicht findet, kann gezeigt werden, dass Unternehmen bei „sunk costs“ selbst schon durch eine sehr geringe Wechselkursvariabilität dazu veranlasst werden können, nicht auf spürbare Veränderungen der Wechselkurse zu reagieren. Der Grund ist, dass immer noch eine geringe Wahrscheinlichkeit besteht, dass die Investition verloren sein könnte oder dass die Bedingungen zu einem zukünftigen Zeitpunkt noch besser sein könnten. Vgl. Dixit (1989) für einen analytischen Rahmen.

größerung und Kostensenkung, Arbeitsproduktivitätssteigerungen ableiten. Daraus wurde häufig die Hoffnung geschöpft, dass sich so - durch die Institutionalisierung der EWWU - in den Teilnehmerländern auch der in den letzten Jahren vielbeschworene Verlust an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den größeren Konkurrenten USA und Japan verhindern oder rückgängig machen ließe.²⁷ Ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit würde auch einen Wachstumseinbruch mit folgender Arbeitslosigkeit hervorrufen, der so versucht wird aufzufangen.

Jedoch gibt es folgende Risiken oder Befürchtungen, die oben in Kapitel II des 1. Teils schon erwähnt wurden: So deutet einiges darauf hin, dass ein wirtschaftlicher Zusammenschluss in Form einer Währungsunion bei vielen Unternehmern u.U. die Erwartung weckt, dass sie künftig in einem von ausländischem Konkurrenzdruck abgeschirmten gemeinsamen Markt operieren und dort sichere Renten abschöpfen könnten. Von daher könnten notwendige technologische und organisatorische Innovationen und Anpassungen unterlassen werden. Dies würde selbst zu einem Wettbewerbsverlust gegenüber den außereuropäischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt führen und Wachstumseinbußen sowie Arbeitslosigkeit bewirken. Die empirische Bestätigung eines solchen Verdachts dürfte jedoch schwierig zu erbringen sein.

Eine überzeugendere oder zumindest empirisch leichter bestätigbare Befürchtung bezieht sich dagegen auf die Außenhandelspolitik innerhalb einer Währungsunion. Wenn die Unionsbildung mit einer Blockbildung im Sinne einer außenwirtschaftlichen Abschottung (Protektionismus) einhergeht, dann kann sie auch insgesamt negative Wachstumseffekte hervorrufen. Wenn die Unionsbildung mit einer Blockbildung im Sinne einer außenwirtschaftlichen Abschottung (Protektionismus) einhergeht, dann besteht die Gefahr, dass einerseits komparative Vorteile der Union ungenutzt bleiben und andererseits die Drittstaaten mit Vergeltungsmaßnahmen reagieren, so

²⁷ Schon auf Grund der verstärkten Arbeitsteilung durch Integrationsprozesse sind Gewinne zu erwarten, wie bereits Adam Smith seinerzeit betonte: „Die Arbeitsteilung dürfte die produktiven Kräfte der Arbeit mehr als alles andere fördern und verbessern.“ (Smith 1974, S. 9) Die Marktgröße begrenze jedoch die Arbeitsteilung (vgl. ebda, S. 19), so dass eine Markterweiterung durch die Wirtschaftsunion diese Grenzen nach außen schiebt.

dass insgesamt negative Wachstumseffekte hervorgerufen werden.

Das **Ergebnis** dieses Abschnitts kann man so zusammenfassen, dass vorübergehende Wachstumseffekte einer Währungsunion auf der Hand liegen, ein andauernder Wachstumsschub jedoch eines günstigen institutionellen Umfeldes bedarf. (Zu letzterem siehe näher im 3. Teil!) Hinzu kommt, dass davon auszugehen ist, dass Wirtschaftswachstum positiv korreliert mit Stabilität, so dass erstmal die Stabilitätseffekte einer Währungsunion untersucht werden sollten, bevor man zu einem endgültigen Urteil kommt. Die ökonomischen Stabilitätseffekte einer Währungsunion werden im nächsten Abschnitt herausgearbeitet. Der Zusammenhang zwischen politischer Stabilität und Wachstum wird in Abschnitt 4.2 des vorliegenden Kapitels analysiert.

2.5. Modellanhang

E-I: Allgemeine Begründung von Produktionssteigerungen bei sinkenden Kosten, sinkendem Risiko und steigender Nachfrage (bedingt durch eine EWWU)

Die grundlegenden Zusammenhänge der Begründung sind wie folgt:

$$\text{Erlös}^e - \text{Kosten}^e - \text{Risikoaufschlag} = \text{Gewinn}^e \quad (e : \text{Erwartungsgrößen})^{28}$$

Erlös = Preis · Nachfrage, wobei:

Preis = P(Nachfrage in Relation zum Angebot) mit $P' > 0$.

Investitionen = I(Gewinn^e) mit $I' > 0$.

Produktion = Y(Investitionen, ...) mit $Y_I > 0$.

Anmerkungen: Die unterstellte nachfragebedingte Preissteigerung nimmt einen Teil der vorherigen, die Nachfragesteigerung erst herbeiführenden

28

Der Risikoaufschlag kennzeichnet hier eine „Prämie“ für die Übernahme allgemeiner Unsicherheit im Zusammenhang mit zukunftsgerichteten Investitionen. Anders gesagt: Beiteiligungskapital ist nur zu erhalten, wenn Risikozuschläge für die Übernahme der allgemeinen Investitionsunsicherheit errichtet werden.